

Kunz

Vorsicht vor den Moralisten!



Abgesehen von ihrem kriminellen Sexualverhalten hatten Harvey Weinstein und Kevin Spacey vor allem eines gemeinsam: Sie setzten ihre Berühmtheit und ihr Geld für moralisch höhere Zwecke ein, unterstützten die US-Demokraten, zeigten sich gerne an Wohltätigkeitsveranstaltungen und erhoben ihre Stimme gegen alles Verwerfliche dieser Welt. War das Rampenlicht erloschen, ging es bei beiden Hollywoodlegenden profaner zu und her: Sie belästigten und bedrohten, vergewaltigten und verhöhnten mutmasslich zahlreiche Opfer. Und sie setzten die gleiche Berühmtheit und dasselbe Geld dafür ein, dass nichts davon je an die Öffentlichkeit drang.

Andere Schauspielstars wie George Clooney, Meryl Streep oder Matt Damon inszenierten sich bei jeder Gelegenheit als moralisches Gewissen der gesamten westlichen Hemisphäre – von den Übergriffen ihrer Kollegen, die in der Branche seit Jahren ein offenes Geheimnis waren, wollen sie aber alle nichts mitbekommen haben. Ebenfalls nichts gewusst haben will Bono

«Ebenfalls nichts gewusst haben will Bono Vox, Sänger der Band U2 und eifrigster Verkünder der politisch korrekten Botschaft»

Vox, Sänger der Band U2 und eifrigster Verkünder der politisch korrekten Botschaft, als er letzte Woche durch die Paradise Papers erfuhr, dass seine Millionen zwecks Steuer- vermeidung bei Off-shorefirmen parkiert sind. Nicht viel besser sind, und das soll hier keinesfalls vorenthalten werden, auch manche Journalisten: Kürzlich entliess das britische Männermagazin «GQ» einen ihrer bekanntesten Autoren, weil er Frauen regelmässig und teils gewaltsam sexuell belästigt haben

soll – während er gleichzeitig darüber schrieb, wie sich ein moderner, aufgeklärter und feministischer Mann dem anderen Geschlecht gegenüber zu verhalten habe. Und was für rückständige Neandertaler alle seien, die nicht auf ihn hören wollten.

Heuchelei oder moralische Widersprüchlichkeit – heutige Erzieher würden wohl von überproportionaler Verhaltensoriginalität reden – beschränken sich allerdings längst nicht auf das politisch linke Lager. Anfällig sind auf der anderen Seite vor allem die Frömmeler, wie zum Beispiel der amerikanische Richter und republikanische Senatskandidat Roy Moore, dem letzte Woche die sexuelle Belästigung mehrerer junger Frauen, darunter einer 14-Jährigen, vorgeworfen wurde. Moore hatte sich zuvor in seiner Karriere den Ruf eines prinzipientreuen Gesetzeschützers und evangelikalen Puritaners erarbeitet, der in seinem Büro eine Holztafel mit den 10 Geboten hängen hatte.

Vorsicht ist angesagt, sobald jemand allzu obsessiv den moralischen Zeigefinger erhebt und sich anmass, über andere zu urteilen. Nicht selten haben die lautesten Gutmenschen die grössten Defizite, sind die Toleranzverfechter selber am intolerantesten, haben die frommsten Frömmeler die perversesten Fantasien, sind die eifrigsten Schwulenhasser selber schwul. Ob sie mit ihrem Verhalten unterbewusst etwas kompensieren, es gezielt zur Ablenkung einsetzen oder einfach nur unverfroren und rücksichtslos handeln, ist aus psychologischer Sicht hochinteressant – aber unerheblich. Besser ist die Welt noch immer geworden, wenn jede und jeder zuerst bei sich selber beginnt.

Andreas Kunz,
Redaktionsleiter der Sonntagszeitung

Die andere Sicht von Peter Schneider



Harvey Weinstein und Kevin Spacey: «Die Dinge sind nicht mehr, wie sie waren» – «Das Paradies scheint nicht mehr dicht zu sein»

Foto: Getty Images

Unser Finanzplatz ist sauber

Die Paradise Papers zeigen, dass die Schweiz bezüglich problematischer Gelder und Verhinderung von Geldwäscherei gut aufgestellt ist, findet SVP-Nationalrat und Bankier **Thomas Matter**

«Ich vermisse den Aufschrei der Politiker.» So tönt es auf den Leserbriefseiten des «Tages-Anzeigers». Dieser Aufschrei müsste – so die Meinung empörter Bürger – die Folge der sogenannten Paradise Papers sein, in denen vertrauliche Daten mutmasslicher Steuerbetrüger, Steuerhinterzieher oder Geldwäscher veröffentlicht wurden. Politiker belassen es in solchen Fällen in der Regel allerdings nicht beim Schreien, sondern sie erfinden neue Gesetze, Verordnungen und Regulierungen.

Als angesprochener Politiker, Unternehmer und Finanzplatzspezialist komme ich zu einem völlig anderen Schluss: Nach heutiger Kenntnis bringen diese Paradise Papers nichts ans Licht, das den Finanzplatz Schweiz als unsauber dastehen liesse. Die veröffentlichten

Thomas Matter

ist Inhaber der Matter Group AG, Verwaltungsratspräsident der Neuen Helvetischen Bank und SVP-Nationalrat



ten Fakten zeigen, dass bei den fraglichen Transaktionen keine Schweizer Strukturen genutzt wurden.

Der Ausdruck «Paradise Papers» weist ja schon auf jene Märkte hin, in denen die jetzt öffentlich gemachten Gelder liegen. Es handelt sich etwa um Mauritius, die Seychellen, British Virgin Islands und zuweilen gar Singapur. Die Finanzplätze Zürich und Genf werden nicht erwähnt. Dass es unter den acht Millionen Schweizer Einwohnern auch einzelne schwarze Schafe beziehungsweise Steuerstrolche gibt, ist wohl unvermeidlich. Wir sollten die finanzielle Privatsphäre dennoch sorgfältig bewahren. Wegen einzelner IV-Betrüger käme es uns ja auch nicht in den Sinn, die ganze Invalidenversicherung infrage zu stellen.

Die Paradise Papers zeigen eindrücklich, dass die Schweiz, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, bezüglich problematischer Gelder und Verhinderung von Geldwäscherei gut aufgestellt ist. Da die veröffentlichten Daten teilweise schon älteren Datums sind, wird auch klar, dass hierzulande strenge Gesetze nicht erst jüngst, sondern schon seit längerem für einen sauberen Finanzplatz sorgen. Diese Erkenntnis setzt sich hoffentlich auch durch, wenn wieder einmal die Drohkulisse schwarzer Listen hochgefahren werden sollte.

Gleichzeitig haben wir selber dafür zu sorgen, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt. Nur so kann es dem Schweizer Finanzplatz gelingen, weiterhin über 2000 Milliarden Franken an ausländischen Vermögen zu verwalten.

Dafür gehört euch eine – und zwar links und rechts

In der Schweiz darf niemand geschlagen werden – ausser das eigene Kind. Für **Nadja Pastega** ist das ein unhaltbarer Zustand

Für Gewalt an Kindern gibt es keine Rechtfertigung. 53 Länder haben das klargemacht und in ihrem Straf- oder Zivilgesetzbuch ein Verbot von Körperstrafen verankert. Die Schweiz fehlt auf dieser Liste. Seit Jahren verweigern sich Bundesrat und Parlament der überfälligen Reform. Zu gross ist die Angst, die Autorität der Eltern zu untergraben. Und wenn es um die Familie geht, so die vorherrschende Meinung, soll der Staat nicht hineinreden. Damit lässt man die Kleinsten und Schwächsten im Stich, die sich gegen ihre Eltern nicht wehren können. Noch immer findet eine erschreckend hohe Zahl von Schweizerinnen und

Nadja Pastega,
Nachrichtenredaktorin

Schweizern, eine Ohrfeige oder eine Tracht Prügel habe nichts mit Gewalt zu tun. Wie Hohn klingt es da, wenn der Bundesrat seine Ablehnung einer Gesetzesreform damit begründet, dass es heute «der allgemeinen Auffassung» entspreche, dass Züchtigung und das Wohl des Kindes nicht vereinbar seien. Schön wärs!

Die Gegner eines Gewaltverbots in der Erziehung verweisen auch auf die Bundesverfassung, die bereits den Anspruch eines Kindes auf Unversehrtheit und Förderung seiner Entwicklung beinhaltet. Das verhindert aber nicht, dass sich Eltern auf den Standpunkt stellen, eine Ohrfeige zur richti-

gen Zeit fördere durchaus die Entwicklung ihres Kindes.

Nach geltendem Recht müssen wiederholte Tötlichkeiten zwar von Amtes wegen geahndet werden. Doch das wird praktisch nie gemeldet, ausser vielleicht bei Scheidungskriegen. Zudem gibt es Interpretationsspielraum, was bei der Erziehung als Tötlichkeit gilt. Ein Gesetzesartikel, der ausdrücklich die Körperstrafen verbietet, würde die nötige Klarheit schaffen. Und, im besten Fall, eine Verhaltensänderung bewirken. Ohne ein solches Verbot gilt hierzulande weiterhin, dass man niemanden schlagen darf – es sei denn das eigene Kind. **Schweiz — 12**